



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Maßgebliches und Unmaßgebliches.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Ich dachte, du würdest zu Mittag dableiben, Julie!

In diesem Kostüm? fragte sie, lächelnd ihr Reitkleid ausbreitend. Nein, lieber Erik . . .

Übrigens bin ich ganz allein gekommen, denn Bibbi hatte keine Zeit, fuhr Julie etwas schnell fort.

Wer in aller Welt ist nun Bibbi? dachte Elli sogleich. Es ärgerte sie, daß die Gegend so reich an Damen zu sein schien. Sie wußte zwar nicht, warum, aber sie hatte sich gerade das Gegenteil gedacht.

Nein, das hätte ich mir fast denken können, erwiderte Erik zerstreut.

Und dann fürchte ich, Olga und Arwid könnten meinen, ich sei schon zu lange weg gewesen.

Elli konnte nicht umhin, zu bemerken, daß Julie errötete, als sie den Namen „Arwid“ aussprach, und doch hatte sie es ganz ruhig gesagt. Aber sie errötete wirklich, langsam und tief bis zur Stirn über den niedergeschlagenen Augen.

Erik erwiderte nichts. Er wandte sich halb ab und legte seinen Hut auf den Verandatisch, während er langsam durch sein feuchtes Haar fuhr.

Das Pferd wurde vorgeführt, Julie setzte ihren Hut auf, der auch tadellos steif und modern war, gerade wie das Halsteisen, das sie als Kragen trug. Sie knöpfte ihre Handschuhe zu und zog den Schleier vor. Im letzten Augenblick kam ihr ein Gedanke.

Aber Erik, du könntest ja dafür mit Fräulein Bertel zum Tee auf den Markthof kommen. Und der Onkel natürlich auch, wenn er Lust dazu hat. Ihr könntet ja über die See rudern, dann ist es gar nicht weit . . .

Danke, sagte Erik vollständig ausdruckslos und ablehnend. Aber gleich nachher wandte er sich doch an Elli.

Aber Sie haben vielleicht Lust, Elli?

Das habe sie freilich, sie könne es nicht leugnen, meinte sie.

Dann ist es also ausgemacht, sagte Julie und reichte ihr die Hand.

Erik stand schon neben dem Pferd und wartete. Sie setzte den Fuß auf seine Hand und schwang sich leicht in den Sattel. Elli sah, daß er gewohnt sein mußte, ihr zu helfen. Hierauf neigte sie noch einmal freundlich den Kopf und wandte das Pferd.

Erik blieb barhäuptig mitten in der Sonne unten an der Veranda stehen und schaute ihr nach. Elli aber trat langsam näher und stellte sich neben ihn. Da wandte er sich um und lächelte ihr gewohnheitsmäßig zerstreut zu.

Sie ist sehr schick, begann Elli mit übertriebener Wärme und fuhr dann sogleich ungekünstelt neugierig fort: Mit wem ist sie denn verlobt?

Mit einem Hauptmann von Hall, erwiderte er kurz, vom Södermannländischen Regiment. Und als ob ihm selbst der Tonfall seiner Stimme aufgefallen wäre, fügte er rasch hinzu: Ein ganz ausgezeichnete Mensch, dessen Bekanntschaft Sie also heute Abend machen werden.

(Fortsetzung folgt)



## Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel. Der 1. Oktober war ein an Jubiläen reicher Tag, Jubiläen von Institutionen, nicht von Menschen. Die Reichsjustizgesetze und das Reichsgericht, die an diesem Tage seit fünf und zwanzig Jahren in Kraft waren, haben in der Presse manch freundliches Gedenken gefunden, nicht so die Landesverfassung von Elsaß-Lothringen, die ebenfalls ein Vierteljahrhundert in Kraft steht. Am

1. Oktober 1879 empfing Kaiser Wilhelm der Erste in Baden-Baden den neu-ernannten Statthalter der Reichslande, Feldmarschall von Manteuffel, und das neu-gebildete Ministerium zur Meldung des Amtsantritts. Der Kaiser ermahnte sie bei dieser Gelegenheit zur Geduld und Nachsicht, sie möchten nicht vergessen, daß die Rheinlande fünfzig Jahre gebraucht hätten, preußisch zu werden. Der Monarch hätte hinzufügen können, daß auch die fünfzig Jahre für diesen Prozeß noch nicht ausgereicht haben würden, wenn ihn nicht die Schlacht von Königgrätz und das dort gemeinsam vergossene Blut beschleunigt und beendet hätte. Der Verfasser dieser Zeilen erwiderte am Morgen nach der Schlacht, am 4. Juli 1866, einem Kölner Waffengefährten auf dessen Erstaunen beim Anblick der ersten Toten des achten Armeekorps: „Von heute ab haben wir die Rheinlande.“ Und so war es. Ein Jahr zuvor hatten die rheinischen Notabeln bei Überreichung der „Dreißig-Millionen-Adresse,“ so genannt, weil die Unterschriften dreißig Millionen Taler repräsentierten, es noch wagen können, dem Ministerpräsidenten mit dem „Abfall“ der unzufriednen Rheinlande zu drohen. „Wohin wollen Sie denn fallen?“ hatte Bismarck ihnen gleichmütig erwidert. Vergegenwärtigt man sich, daß z. B. in Aachen noch in den sechziger Jahren beim Aufziehen der Wache der Ruf erklang: „Die Preiße komme,“ während im Elsaß eine unverkennbare Sympathie und Befreundung mit unserm Heerwesen im Wachsen ist, so springt der Unterschied, der im Werdeprozeß gegenüber der rheinischen Entwicklung von 1815 bis 1866 besteht, in die Augen. In welchem Verhältnis standen die Rheinlande im Jahre 1848 zur preußischen Monarchie, und in welchem Verhältnis stehen Elsaß und Lothringen heute zu Deutschland! Lasse man sich nicht dadurch täuschen, daß die obern Schichten in den elsässischen Städten in den Gasthöfen, auf den Eisenbahnen und auch in der Familie noch mit Vorliebe „französisch parlieren,“ oder daß ihre ältesten Mitglieder noch an Rock und Überzieher das Bändchen der Ehrenlegion tragen — das alles sind Symptome einer absterbenden Zeit.

Jüngst wurden zwei Vogesenfahrer „aus dem Deutschland“ (die Wendung: „er reist ins Deutschland“ kann man noch oft hören) einer solchen französisch parlierenden Tischgesellschaft in Hohwald beigelegt. Am Abend waren diese Elsässer hochbegeisterte Zuhörer Wagnerscher Musik mit deutschen Texten, am andern Morgen betraten Männlein und Weiblein der Reihe nach mit dem höflichsten dialektfreien „Guten Morgen“ den Frühstücksaal, und man verkehrte mit den beiden Zugewanderten aufs freundlichste in gutem Deutsch. Andre kleine Züge: ein siebzehnjähriger Bauerbursh, Sohn wohlhabender Eltern aus der Schirmecker Gegend, diente uns als Führer. Er erzählte mit großer Freude, daß er einen Bernhardiner „vom Regiment in Muzig“ habe, ferner mit Stolz, daß sein älterer Bruder noch auf dem Kreuzer „Ariadne“ sei, und daß er dieselbe Laufbahn einschlagen wolle. Überhaupt ist der Dienst auf der Marine im Elsaß populär, es sind über 240 Elsässer auf der Flotte, zumeist freiwillig eingetreten. Im Walde am Donon klagte ein junger Holzhauer, der durch die Volksschule des französischen Sprachgebiets gegangen war, daß man auf der Schule zu wenig Deutsch lerne (!), und daß die jungen Leute es infolgedessen anfangs schwer hätten, „wenn sie zum Regiment kämen.“ Für die Volksschule ist das freilich nach dreiunddreißigjähriger Wirksamkeit nicht sehr schmeichelhaft, dieses schlichte Wort enthält doch einen deutlichen Fingerzeig, wo und wie die bessernde Hand anzulegen ist; man könnte sich fast wundern, daß die Militärverwaltung so ruhig zusieht. Es ist klar, daß das System falsch ist, und daß die Volksschule im französischen Sprachgebiet nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe steht. Daß die jungen Leute in den Grenzdistrikten beider Sprachen mächtig seien, soll durchaus nicht getadelt werden, aber es müssen eben beide Sprachen sein. Dann können wir französisch sprechende Soldaten im Westen so gut brauchen wie russisch und polnisch sprechende im Osten. Hatten doch die polnisch sprechenden im Feldzuge von 1866 den großen Vorzug der schnellen Verständigung mit den Tschechen und mehr noch mit ihren Frauen und Töchtern. Das ist auch

eine Erleichterung des Kriegsführens und hat unter Umständen für Freund und Feind seine angenehmen Seiten. Über die im Lande stehenden Truppen sowie über das Gardekorps waren jene jungen Burschen auffallend gut orientiert, sie wußten über das erste Garderegiment in Potsdam und über das Regiment Gardes du Corps aus dem Munde älterer Kameraden, die dort gedient hatten, genau Bescheid. So übt unser deutsches Heerwesen im Lande zwischen Rhein und Vogesen sowie auch in Lothringen seine werbende Kraft, die Einheit des bürgerlichen Rechts wird daneben viel von dem heute noch Fehlenden bewirken.

Der Umstand, daß die Rheinprovinzen ein von den alten Stammländern der preussischen Monarchie so wesentlich abweichendes Recht hatten, das sie immer wieder nach Paris und Frankreich wies, hat zur Erschwerung der Verschmelzung außerordentlich beigetragen. Sodann war die werbende Kraft des Waffendienstes damals, während eines halbhundertjährigen Friedens und in den Formen jener Zeit, viel geringer, als sie es heute ist. Aber ein Eindruck ist es vor allem, der sogar auf einer nur kurzen Wanderung dem aufmerksamen Beobachter entgegentritt: man beginnt im Elsaß die Franzosen, zumal die das Land auf dem Automobil durchrasenden, als Fremde anzusehen. Damit ist schon unendlich viel gewonnen, vielleicht ist dies doch ein Segen, der aus der Saat der Paßverordnung entsprossen ist — ein später Kranz auf dem Grabe dieser viel kritisierten, zur gegebenen Zeit aber eben so notwendigen wie nützlichen Maßnahme. Auch in den untern Schichten stößt man, auch in ausgesprochen deutschen Dörfern, auf ältere Leute, die einer deutschen Frage ein mürrisches *comprends pas* entgegensetzen; zum Teil frühere französische Einwanderung oder solche, die aus Troz nach 1870 nicht deutsch lernen oder das Deutsche nicht anwenden wollten. Dergleichen ist unzertrennlich von einem Übergangsstadium. Ebenso ist es selbstverständlich, daß Ärzte, Anwälte, Apotheker, Kaufleute usw. sich mehr oder minder einer Zweisprachigkeit befleißigen. Es wäre deshalb nicht richtig, gerade dies zum charakteristischen Kennzeichen der politischen Situation des Landes zu machen. Wenn zum Beispiel die Gendarmen eines bestimmten Distrikts erklären, die Bevölkerung sei so vortrefflich, daß im Laufe eines Jahres kaum eine Verhaftung vorkäme, so würde ein solcher Zustand sogar die Tatsache aufwiegen, daß diese ganze so gesittete Bevölkerung französisch spräche. Fühlbar rauscht durch die breite Masse der Bevölkerung ein starker und mächtiger Strom deutschen Lebens, und nur Deutschland würde die Schuld tragen, wenn er auf die Dauer nicht befruchtend wirken sollte.

Die politische Bewegung, die sich zurzeit weniger in der Bevölkerung als bei einer Anzahl von Leuten vollzieht, die als Parteiführer glänzen möchten und dazu zugkräftiger Programme bedürfen, ist als ein Vorgang zu bewerten, der an sich ohne größere Bedeutung und Tragweite ist, aber doch dadurch bemerkenswert, daß er sich auf der Grundlage der Verfassung und der Zugehörigkeit zu Deutschland vollzieht. Die Petita sind sehr verschieden. Es gibt Schwärmer für eine Erbstatthalterschaft, andre verlangen direkte Wahlen für die Volksvertretung, gelehrte Theoretiker die Anerkennung Elsaß-Lothringens als eines selbständigen Reichsgliedes mit eigener Vertretung im Bundesrat usw. Selbstverständlich gilt diesen Forderungen gegenüber als oberster Grundsatz: das Reich kann und wird nichts konzedieren, was auf die Errichtung eines neuen Kleinstaates an seiner Westgrenze hinausläuft. Elsaß-Lothringen ist und bleibt *provincia imperii*. Es ist im Friedensvertrag „an Se. Majestät den deutschen Kaiser“ abgetreten. Dieser Kaiser kann nach der Verfassung einen Statthalter ernennen, absolut notwendig ist das nicht, aber ein „Erbstatthalter“ kann und wird das niemals sein. Auch die viel plausiblere Idee der deutschen Dauphiné, d. h. Elsaß-Lothringen zur Statthalterschaft des jedesmaligen Reichskronprinzen zu machen, hat Bismarck fallen lassen müssen, weil der jedesmalige Kronprinz, falls ein solcher vorhanden ist, für diese Aufgabe nicht immer und im besten Falle nur vorübergehend verfügbar gewesen sein würde. Jedenfalls verdient es den Vorzug, daß sich der Kaiser aus bewährten und vertrauenswürdigen

Männern einen Statthalter aussucht, was nicht ausschließt, daß auch einmal ein Prinz des königlichen Hauses von Preußen, sobald er das nötige Lebensalter und einen angemessenen Rang erreicht hat, Statthalter wird. Der Kaiser vermöchte einen solchen ebenso aus jedem deutschen Fürstenhause zu wählen, aber ein „Erbstatthalter“ wäre der größte Fehler, der gemacht werden könnte. Das wäre eine erbliche Entäußerung der kaiserlichen Macht und griffe tief in die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers, der für diese Ernennung jedesmal verantwortlich bliebe. Damit fällt auch die Idee des selbständigen Reichsgliedes und der eignen Vertretung im Bundesrat. Elsaß-Lothringen gehört dem Reiche, und das Reich hat gar kein Interesse, sich dieses gemeinsamen Eigentums zu entäußern. Die Elsaß-Lothringer genießen alle Rechte der deutschen Reichsverfassung wie alle andern Deutschen, und bei den Kundfragen des Reichskanzlers an die deutschen Regierungen wird in allen Fällen, bei denen es von Wert und Nutzen sein kann, auch der Statthalter von Elsaß-Lothringen um seine Ansicht gefragt. Einen Vertreter in den Bundesrat von diplomatischem Charakter aber kann er aus dem Grunde nicht entsenden, weil damit der Kaiser, dessen Vertreter im Lande der Statthalter ist, einen Bevollmächtigten bei sich selbst beglaubigen und diesem seinem Beamten, wie es in der Reichsverfassung heißt, „den erforderlichen diplomatischen Schutz gewähren müßte.“

Zudem hat der Kaiser als solcher kein Ernennungsrecht für den Bundesrat, folglich auch kein Statthalter nicht. Den einzelnen deutschen Staaten ist ihre Stimmenzahl genau zugemessen; sollte Elsaß-Lothringen seiner Bevölkerungszahl entsprechend drei Stimmen erhalten, so müßte Preußen sie hergeben, was es nie tun kann und nie tun wird. Drei neue Stimmen aber würden eine weitere Verstärkung des kaiserlichen, d. h. des preußischen Einflusses im Bundesrat bedeuten, dafür werden wiederum die andern nicht zu haben sein.

Hierzu kommt, daß Elsaß-Lothringen wohl eine Verwaltungseinheit, aber doch keine Nationalität darstellt, wie zum Beispiel Württemberg oder Baden, Bayern oder Sachsen. Elsässer und Lothringer hat es immer gegeben und gibt es noch heute, „Elsaß-Lothringer“ aber hat es nie gegeben, und sie werden auch in Zukunft nicht künstlich zu züchten sein. Bezeichnend ist, daß bei der Benennung der Regimenter des fünfzehnten und des sechzehnten Armeekorps vor wenig Jahren wohl elsässische und lothringische, unter- und oberelsässische Regimenter geschaffen wurden, jedoch nicht ein einziger „elsaß-lothringischer“ Truppenteil. Die Armee aber geht immer auf das Natürliche. Sehr hübsch hat man dabei die Bezeichnung „Mezer Infanterieregiment Nr. 98“ gewählt, weshalb aber kein „Straßburger“ Regiment geschaffen worden ist, ist nicht recht klar. Die souveränen Hansestädte sollen hier nicht zum Vergleich herangezogen werden, aber neben einem Artillerieregiment „Frankfurt“ und einem „Mezer“ Infanterieregiment sollte auch ein „Straßburger“ nicht fehlen.

Im nächsten Winter werden die elsäß-lothringischen Parteiprogramme in Zeitungen und Versammlungen wieder breitgetreten werden, deshalb seien diese Betrachtungen eines Vogesenwandervers hier als Leitfaden eingeschaltet. Die „Gleichstellung Elsaß-Lothringens mit den übrigen (!) Bundesstaaten“ ist ein Manteuffelsches Schlagwort ohne innere Berechtigung, dessen eigentlicher Kern der Wunsch des Feldmarschalls war, vom Reichskanzler möglichst unabhängig zu sein und als Halbsouverän eigne Vertreter in den Bundesrat zu senden. Sein Freund Ranke hat ihm schwerlich gesagt, daß dies irgendwie ausführbar sei. Zu den Selbstständigkeitsmerkmalen würde auch die Ausschaltung von Bundesrat und Reichstag aus der Landesgesetzgebung gehören. Der Bundesrat könnte vielleicht durch einen anders organisierten Staatsrat und eine Erste Kammer ersetzt werden, aber gerade seine Mitwirkung an der Landesgesetzgebung drückt den Charakter der provincia imperii, des Allgemeinbesitzes, am deutlichsten aus, und die deutschen Regierungen werden darauf schwerlich verzichten. Auf die Möglichkeit aber, an den Reichstag als

ultima ratio der Gesetzgebung rekurrieren zu können, hat gerade Manteuffel am wenigsten verzichten wollen und auch tatsächlich nicht verzichtet. In Summa: es bleibt beim alten. Verfassungen sind doch nicht dazu da, aller fünfundzwanzig Jahre geändert zu werden, am wenigsten, wenn sie sich wie die von Elsaß-Lothringen so gut bewährt haben. \*g\*

Zu den Konfessionskämpfen in Deutschland. Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer. Wo sich aber eine Schwalbe nach der andern einstellt, da kann der Sommer nicht mehr allzu fern sein. Mehr und mehr bricht sich die Erkenntnis Bahn, daß es so wie bisher nicht weiter gehn darf. Das deutsche Volk hat nun genug gelitten unter den häßlichen konfessionellen Fehden und will Ruhe haben. Jahrelang sind die Geister aufeinander geplagt, ohne daß der geringste Erfolg auf einer der beiden Seiten zu verzeichnen gewesen wäre. Endlich beginnt man einzusehen, daß der nutzlose Kampf am besten eingestellt wird; und zwar sind es vorzugsweise Mitglieder der Parlamente, Vertreter beider Konfessionen, die zum Frieden mahnen: im Herrenhaus Manteuffel und Dr. Graf Zieten-Schwerin, der Präsident der Generalsynode, im preussischen Abgeordnetenhaus Graf Douglas und Graf Hoensbroech, im bayrischen Reichsrat Auer, Soden und Würzburg, die ihre ganze Kraft eingesetzt haben, friedlichere Zustände im Lande herbeizuführen. Graf Hoensbroech, der Bruder des bekannten Jesuiten, ist es besonders, der einen Punkt hervorhebt, nämlich den Austrag der verschiedenen Glaubensmeinungen den wissenschaftlichen Kreisen zu überlassen und diese Dinge nicht immer in die Volksversammlungen hineinzuerwerfen. Er sagt: „Ich betrachte es für durchaus unerwünscht, wenn die Stärkung der einen Konfession im Kampf gegen die andre Konfession erfolgen soll; denn das muß unbedingt zur Schwächung der eignen Konfession führen. Die Gewinnung zur eignen Anschauung kann bloß dadurch erfolgen, daß man selbst die eigne Überzeugung hochhält und von dem Gegner verlangt, daß die eigne Überzeugung geachtet und geehrt werde. Der Kampf gegen die Anschauungen und Wahrheiten des Christentums ist so alt wie die Geschichte des Christentums. Während der Kampf früher vielfach mit dem Schwert geführt wurde, ist die Forschung und die Wissenschaft heutigentags in eine so günstige und vornehme Lage versetzt worden, daß es wohl an der Zeit wäre, den Austrag dieser Meinungsverschiedenheiten lediglich der Wissenschaft zu überlassen. Aber auch auf dem Gebiet der Wissenschaft muß dieser Austrag der Meinungen geführt werden in der vollen Achtung vor der Überzeugung des Gegners und mit der peinlichsten Rücksichtnahme auf die religiösen Gefühle des andern. Wir sehen es ja leider, daß dieser Grundgedanke vielfach in heutiger Zeit nicht zur Geltung kommt, sondern daß vielfach eine gewisse Sucht religiöser Verheißung in manchen Kreisen unsers Volks besteht.“ Man sollte meinen, daß solche Äußerungen den Beifall der ruhig darüber Nachdenkenden finden müßten; denn zweifellos ist hier auf einen Schaden hingewiesen worden, der schon sehr viel Unheil angerichtet hat. Statt dessen weiß die „Kirchliche Korrespondenz“ nichts Lieberes, als alle Versuche zum Frieden in der hochmütigsten Weise zurückzuweisen. So wenn sie dem Grafen Douglas, der auch zum Frieden gemahnt hat, jegliche Fähigkeit abspricht, Friedensvorschläge zu machen. Auf diese Weise wird keine Besserung erreicht, und es hat wahrhaftig manchmal den Anschein, als ob man den Kampf gegen Rom nicht aus Gewissensüberzeugung, sondern als Sportsache betreibe. Es ist ein gewaltiger Irrtum, zu glauben, der Protestantismus erfahre eine Stärkung und Vertiefung, wenn nur flott auf Rom losgeschlagen würde. Niemand wird es dem Protestantismus verdenken, wenn er sich seiner Haut wehrt. Aber etwas andres ist es, im Lager der Gegner in aufdringlicher Weise ungerufen evangelisieren zu wollen.

Wir haben uns oft gefragt, woher die Schärfe in den konfessionellen Kämpfen Deutschlands rührt, die ähnlich in keinem Kulturstaat zu finden ist. Warum weiß man in Holland, in England, in Amerika nichts davon? Hier sind ja auch genau

dieselben Gegensätze vorhanden. Warum ist dort Ruhe? Der Gründe gibts wohl mancherlei. Zuerst steckt doch wohl den Evangelischen in Deutschland die Vergangenheit noch etwas in den Gliedern. Die Greuel und die Verwüstungen des Religionskriegs im siebzehnten Jahrhundert, Hugenottenverfolgungen, Salzburger Emigranten, die Zillertaler Ereignisse — das alles liegt zwar nun lange Zeit hinter uns zurück; aber ein gewisser Niederschlag im protestantischen Volk ist geblieben, und furchtsame Gemüter schauen ängstlich aus, ob sich nicht Vorzeichen ähnlicher Drangsalzeiten in der Gegenwart finden. Ein anderer Grund für die konfessionelle Erregung und Nervosität liegt in dem Bestreben, in beiden Lagern jedes Wort, jede Tat, die sich ein einzelner exaltierter und exzentrischer Gegner zuschulden kommen läßt, genau zu notieren, sodann zu verallgemeinern und zuletzt mit den entsprechenden Randglossen in einem Duzend von Zeitungen zu veröffentlichen. Und dann wundert man sich, wenn keine Ruhe im Lande eintreten will, oder man trübt von Friedensvorschlägen, die doch gar keinen Wert haben.

Die konfessionelle Zerfahrenheit liegt aber endlich auch in einer gewissen deutschen Pedanterie und Schulmeisterei. Da man allein das Richtige zu haben glaubt, will man keinen Anlaß vorübergehn lassen, es dem andern zu oktroyieren, ob er nun mag oder nicht. Auch hier kann natürlich von Toleranz keine Rede sein.

Wie es anders, besser werden soll? Man hat von der Gründung einer Friedensliga gesprochen. Jedoch die natürlichsten Vertreter einer solchen, die Geistlichen, sind dafür gar nicht eingenommen. Die katholischen Geistlichen können vereinzelt ohne bischöfliche Genehmigung nicht vorgehn, und die protestantischen haben dazu keine Lust. Die nichtgeistlichen Kreise aber sind infolge ihrer politischen Anschauungen ohne Sympathie für solche Ideale.

Ein anderer Vorschlag ist von dem Domherrn zu Breslau, Dr. Soltmann, ausgegangen. Dieser hat das alte Döllingersche Rezept wieder hervorgeholt: „Wiedervereinigung der getrennten Christen, zunächst in deutschen Landen.“ Es ließt sich ganz schön, wenn plädiert wird für eine Vereinigung auf den Grundlagen der lutherischen Bekenntnisschriften sowie der Tridentiner Konzilsbeschlüsse. Aber nur ein Idealist kann an eine Übertragung dieses Vorschlags in die Praxis denken. Auch wir selber kämen in Verlegenheit, wenn wir ein Mittel zur Beilegung der Kämpfe angeben sollten. Wir kennen nur das eine, daß jeder an seinem Teil alles und jedes unterläßt, was den Frieden stören könnte, und alles begünstigt, was den Frieden fördert.

Ein viertel Jahrtausend ist vergangen, seitdem Protestantismus und Katholizismus auf Tod und Leben miteinander gerungen haben. Das Ende war, daß keiner den andern überwunden hatte. Aber die eine Lehre nahmen sich beide Teile aus dem Krieg, im öffentlichen Leben die Disputationen über religiöse Fragen ganz zu unterlassen. Der Krebschaden der Gegenwart liegt darin, daß man dies alles vergessen hat, und daß man gescheiter sein will als die Väter. Das hat sich bitter gerächt. Es wäre sehr verfehlt, wenn auch die deutsche evangelische Reichssynode, vorausgesetzt, daß sie zustande kommt, zu ihrer Propaganda den Kampf gegen Rom heranziehen würde. Es ist jetzt genug gestritten worden. Was wir brauchen, das ist eine Neubelebung und Vertiefung religiöser Gesinnung im eignen Lager. Dazu ist der Kampf mit Rom nicht nötig. Man lasse diesen endlich einmal aus dem Spiel. Zur Erneuerung persönlichen christlichen Lebens trägt er doch wahrhaftig nicht das mindeste bei.

Mit Recht sagt Professor Fester in seinem Aufsatz über „Religionskrieg und Geschichtswissenschaft“: Wohin kommen wir, wenn der Deutsche sich gewöhnt, seine Verwandten, Nachbarn, Freunde und Bekannte, ehe er den Verkehr mit ihnen fortsetzt, über ihr Glaubensbekenntnis zu examinieren! Ist es nicht genug, daß eine Generation mit der andern um ihre Weltanschauung ringt, sollen alle menschlichen Beziehungen durch eine schraubenartige gegenseitige Gewissenserforschung, durch den Kampf aller gegen alle vergiftet werden? Wir haben in diesen Tagen in Herder

und Kant die Humanität gefeiert. Sollte es wirklich eine Abschiedsfeier gewesen sein? Ich kann und will es noch nicht glauben, und ich habe das feste Vertrauen, daß die katholischen Wahrheitsucher die protestantischen Wahrheitsucher in dem Bestreben, unsre Kultur vor neuer Verwüstung zu bewahren, unterstützen werden. Eine ganz unnötige Verschärfung der Gegensätze ist bei gutem Willen auf beiden Seiten zu vermeiden. Nicht Denifle, nicht der Evangelische Bund, weder der Jesuitismus noch Graf Hoensbroech hat angefangen. Zwei Prinzipien ringen seit dem Beginn der neuern Zeiten miteinander um die Herrschaft. So lange sich nicht das eine für überwunden erklärt — und wann wäre das abzusehen? —, wird es an Reibungen und Konflikten nicht fehlen. Die Aufgabe der Zukunft besteht weit weniger in der Ausgestaltung des *modus vivendi* zwischen der Kurie und der Reichsregierung, als in der Gewöhnung der katholischen und der protestantischen Reichsangehörigen an eine in beiden Lagern vielfach nur dem Namen nach bekannte Parität und Duldung.

Damit stimmt ganz überein, was Reichskanzler Graf Bülow am 15. März im preussischen Abgeordnetenhaus gesagt hat: Nicht die Regierung braucht so sehr den Frieden, sondern das deutsche Volk. Das deutsche Volk soll mit kleinlichen, gehässigen und elenden konfessionellen Zänkereien verschont bleiben von beiden Seiten.

Erst dann, wenn man auf seiten der Protestanten nichts mehr daran auszufinden findet, daß der deutsche Kaiser das Guldigungstelegramm des Regensburger Katholikentags höflich erwidert, erst dann, wenn im katholischen Lager der weite, milde, tiefe Geist eines Esser, der sich auf demselben Kongreß gar schön über das Königtum Christi verbreitet hat, um sich greift, wird man in der Lage sein, die gemeinsamen Berührungspunkte herauszufinden. Dann wird auch die Stunde schlagen, wo die Streitart begraben wird. Vielleicht ist diese Zeit näher, als wir glauben.

Hans und die soziale Frage. Ein alter Nervenarzt hat in der Kölnischen Zeitung gelehrt, wie man sich den Nerven- und Muskelmechanismus, mit dem der kluge Hans seine Empfindungen und Gedanken äußert, zu denken habe, und hat mir seine Abhandlung übersandt. Ich habe ihm mein Bedauern darüber ausgesprochen, daß er auf den Schwindel hineingefallen sei, und er hat natürlich dieses Bedauern mit Entrüstung abgelehnt. Jetzt bin ich der Blamierte. Die Prüfungskommission hat gesprochen und den Hans für einen zur Versetzung reifen Quintaner erklärt. Zwar nicht mit diesen Worten; aber sie hat das Urteil des Herrn von Osten bestätigt, und dieser hat, wenn ich mich recht erinnere, versichert, daß die Verstandesentwicklung seines Hans der eines zwölfjährigen Knaben entspreche. Damit eröffnet sich uns die erfreuliche Aussicht auf eine neue soziale Frage. Die Parteien streiten darüber, in welchem Maße intellektuelle Bildung verbreitet werden solle. Rechts glaubt man, es tue nicht gut, wenn die Dienstboten und die Lohnarbeiter ihren Verstand zu stark entwickelten und zu viel lernten. Links behauptet man, jeder Mensch habe einen Rechtsanspruch auf so viel Wissen, als sein Kopf zu fassen vermöge, d. h. auf Universalgelehrsamkeit, da man auf dieser Seite auch glaubt, alle Menschen seien gleich begabt, jeder sei zu allem fähig; und die Linke wird wohl mit der Zeit siegen. Nun ist ein Hengst, der den Verstand eines zwölfjährigen Knaben hat, zweifellos seinem innern Wesen nach ein Mensch, so gut wie der Bär, der sich bei Schneeweiß und Rosenrot wärmen kam, seinem innersten Wesen nach kein Bär war, sondern ein verwunschener Prinz. Der menschlichen Gesellschaft liegt also fortan die Pflicht ob, nicht bloß Hansens, sondern aller Pferde geistige Fähigkeiten zu entwickeln, denn wenn Hans Fähigkeiten hätte, die kein andres Pferd hat, so wäre das ja ein Wunder, und Wunder gibt es nicht. Die Pferde — später ohne Zweifel auch die Hunde und die Affen — treten also in die Reihe der Persönlichkeiten, der Rechtssubjekte ein, und ehe man sie einspannt oder zureitet, wird man einen Arbeitvertrag mit ihnen schließen müssen. Es kann

dann nicht ausbleiben, daß sie sich miteinander verständigen, Gewerksvereine gründen und durch Arbeitseinstellung bessere Arbeitsbedingungen zu erzwingen versuchen. Dabei werden sie denn auch entdecken, in welchem Grade ihre Körperkraft der menschlichen Überlegenheit ist, und eine von hundert Hengsten taktisch gut durchgeführte Attacke auf Kutschen und Postkisten wird nicht wenig Schädel kosten. Schließlich werden sie ja unterliegen, da sie die Mordmaschinen der Menschen weder herstellen noch handhaben können, solange sie sich nicht zu aufrecht gehenden Zweihändern umzüchten, was doch viele tausend Jahre erfordern würde. Aber ihre Niederlage wird in einen Ausrottungsprozeß auslaufen, da die Menschen so gefährliche Wesen, wie mit Menschenverstand begabte und gemeinsam handelnde Pferde sein würden, nicht leben lassen könnten. Wie schön bewährt sich also wiederum die unbewußt gewordne Zweckmäßigkeit des Weltlaufs, die gerade jetzt durch Erfindung des Kraftwagens für den Kleinverkehr gesorgt hat, nachdem den Personen- und Güterverkehr im großen schon längst die Eisenbahn übernommen hatte.

J.

---

Herausgegeben von Johannes Grunow in Leipzig

Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig

Alle für die Grenzboten bestimmten Aufsätze und Zuschriften wolle man an den Verleger persönlich richten (J. Grunow, Firma: Fr. Wilh. Grunow, Inselstraße 20).

Die Manuskripte werden deutlich und sauber und nur auf die eine Seite des Papiers geschrieben mit breitem Rande erbeten.

